

Schweiz: Ständerat-RK sagt ganz knapp Ja zur Ehe für alle

Nachdem die Rechtskommission des Ständerats ihren Entscheid zur Ehe für alle bereits zweimal vertagt hat, haben die Mitglieder heute ihre Haltung bekannt gegeben. Mit einer knappen Mehrheit folgen sie dem Entscheid des Nationalrats.



Geht es nach der Bevölkerung, dann wäre die Einführung der Ehe für alle längst überfällig, und zwar inklusive Zugang zur Samenspende. Dies hat auch die jüngste Meinungsumfrage gezeigt, welche von Pink Cross in Auftrag gegeben und vor wenigen Tagen präsentiert wurde. So sprachen sich 82 Prozent für die Ehe für alle aus und mit deutlichen 70 Prozent auch für den Zugang zur Samenspende. Dabei zeigte sich, dass es in allen Parteien eine deutliche Mehrheit für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gibt.

Doch die Mühlen in Bern arbeiten diesbezüglich deutlich langsamer: Seit sieben Jahren ist dieses Anliegen nun bereits im Parlament. Es war am 11. Juni dieses Jahres, als der Nationalrat sich mit deutlicher Mehrheit für die Ehe für alle aussprach, und zwar mit Zugang zur Samenspende. Nur zwei Monate später kam etwas Ernüchterung in der LGBTI+ Community auf, da die Rechtskommission des Ständerats bekannt gab, dass sie mehr Zeit für Abklärungen brauche.

Mitte Oktober trafen sich die Mitglieder zur nächsten Sitzung und wieder wurde der Entscheid vertagt. Damals führte man Anhörungen mit Rechtsprofessor*innen durch. So stand etwa die Frage im Mittelpunkt, ob man die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare durch eine Anpassung des Zivilgesetzbuches ermöglichen kann, wie es der Nationalrat vorsieht, oder ob es eine Verfassungsänderung braucht. Letzteres würde den politischen Prozess weiter hinauszögern, vermutlich um mehrere Jahre.

Nun hat sich die Rechtskommission des Ständerats erneut getroffen und endlich einen Entscheid getroffen. Sie folgen mit einer knappen Mehrheit von 7 zu 6 Stimmen der Entscheidung des Nationalrats. Damit kamen sie ebenfalls zum Schluss, dass es keine Verfassungsänderung benötigt, um die Ehe für LGBTI+ Paare zu öffnen. Nur eine Minderheit fand zudem, dass man ein solches Anliegen wie die Öffnung der Ehe ohnehin Volk und Stände zur Abstimmung vorlegen müsse.

In Bezug auf den Zugang zur Samenspende hat sich die Kommission noch für eine präzisere und differenziertere Regelung als der Nationalrat ausgesprochen. Mit 8 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen entschieden sie sich für Änderungen, welche auch die nötigen Anpassungen im Fortpflanzungsmedizinengesetz vorsehen, zudem soll dem Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung besser Rechnung getragen werden. Dafür soll die Vermutung der Mutterschaft der Ehefrau nur bei der Samenspende und nicht generell eingeführt werden. Die Anfechtungsklage bei der Samenspende soll zudem ausgeschlossen werden.

In der Gesamtabstimmung sprach sich die Kommission mit 7 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen für die Vorlage aus. Voraussichtlich in der Wintersession wird nun der Ständerat über die Vorlage abstimmen. Diese findet vom 30. November bis zum 18. Dezember statt.

Und was ist mit dem «Geheimgutachten»?

In der Kommission wurden mehrere Juristinnen und Juristen angehört. Intern kursierte gar ein Dokument, das vom «Blick» als «Geheimgutachten» bezeichnet wurde, mit dem angeblich rechtskonservative Kreise die «Ehe für alle» torpedieren wollen. Verfasst wurde es laut dem Zeitungsbericht von

der Zürcher Rechtswissenschaftlerin Isabelle Häner, die in verwaltungsrechtlichen Fragen eine hoch anerkannte Juristin ist.

In ihrem Gutachten soll sie sich dafür ausgesprochen haben, dass es für die «Ehe für alle» eine Verfassungsänderung und damit eine Volksabstimmung braucht. Bestätigt wurde das aber bislang nicht. Das Gutachten wird noch geheim gehalten, was an die Taktik von rechtskonservativen Kreisen aus dem Jahr 2019 erinnert: Sie nutzten bereits bei der Abstimmung über die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm ein Gutachten von Häner, um für die eigenen Argumente zu werben. Dieses wurde auch zunächst geheim gehalten, später kam jedoch heraus, dass Häner den Rechtskonservativen «in zentralen Punkten» widersprach, so der «Blick».

Wie sich nun gezeigt hat, hätte wirklich nur sehr wenig gefehlt, dass die Homo-Gegner die Ehe für alle hätten ausbremsen können. Da diese anhand Umfragen genau wissen, dass sie die Volksabstimmung haushoch verlieren werden, ist der Ständerat ihre letzte Hoffnung.

gay.ch / 13.11.2020